

DIE LANDAUER AKADEMIEGESPRÄCHE

LANDAUER

Die Landauer Akademiegespräche sind eine vom Frank-Loeb-Institut an der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau, der Evangelischen Akademie der Pfalz und der Stadt Landau verantwortete Veranstaltungsreihe. Sie nehmen die Tradition der Landauer Gespräche auf. Im Mittelpunkt stehen Fragen, die für die Grundorientierung eines freiheitlichen Gemeinwesens von zentraler Bedeutung sind. Als Gäste eingeladen werden nicht nur renommierte Expert*innen aus der Wissenschaft, sondern auch Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Justiz.

Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, die Plätze sind begrenzt. Einlass ist ab 18:30 Uhr. Im Rahmen der Veranstaltung finden Bild- und Tonaufnahmen statt. Anmelden können Sie sich unter veranstaltungen@eapfalz.de.

ORGANISATION UND INFORMATION

AKADEMIE

Mehr Informationen:

Dr. Hans-Ludwig Buchholz

Geschäftsführer

Frank-Loeb-Institut an der RPTU Kaiserslautern-Landau

Kaufhausgasse 9 | 76829 Landau

06341 28038414

fli@uni-landau.de

www.frank-loeb-institut.de

Dr. Christoph Picker

Akademiedirektor

Evangelische Akademie der Pfalz

Luitpoldstraße 10 | 76829 Landau

06341 9689030

veranstaltungen@eapfalz.de

www.eapfalz.de

VERANSTALTUNGSORT UND FÖRDERER

GESPRÄCHE



Veranstaltungsort

Altes Kaufhaus Landau

Am Rathausplatz

Die Landauer Akademiegespräche werden gefördert durch:

SPARKASSENSTIFTUNG SÜDLICHE WEINSTRASSE

WINZER »FÜNF FREUNDE AUS DER SÜDPFALZ«

BMW VOGEL AUTOHÄUSER

BRILLEN KUNTZ

ARM UND REICH

FEBRUAR – MAI 2023



MITTWOCH

15.02.2023

»MIT ARMUT STIMMUNG MACHEN«
VERSUCHUNGEN DES POPULISMUS

Kathrin Uhlemann

Oberbürgermeisterin der Stadt Niesky, Oberlausitz

Prof. Dr. Frank Decker

Politikwissenschaftler, Universität Bonn

Grußwort: Dr. Dominik Geißler

Oberbürgermeister der Stadt Landau

Altes Kaufhaus Landau | 19 Uhr

Armut muss politisch bekämpft werden. Doch Armut kann auch politisiert werden. Überall dort, wo Industrien vor der Umstrukturierung stehen, Regionen abgehängt zu werden drohen und Menschen Angst um ihr Auskommen haben, sind Populist*innen nicht fern. An beiden Rändern des politischen Spektrums versuchen sie, die Armut von Menschen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Das Schüren von Armuts- und Abstiegsängsten wird so zur gefährlichen politischen »Waffe«.

Verantwortungsbewusster Sozialpolitik fällt es oftmals schwer, gegen jene anzukommen, die Armut auf populistische Weise ausnutzen. Welche politischen Konzepte und Argumente nehmen dem Populismus den Wind aus den Segeln? Wie kann beispielsweise ein gut gemanagter Strukturwandel den Populist*innen das Wasser abgraben? Und was hat eigentlich zum Aufstieg des Populismus in den vergangenen Jahren geführt?

MITTWOCH

22.03.2023

»REICHTUM ALS MORALISCHES PROBLEM«
MILDTÄTIGKEIT UND STEUERPF LICHT

Marlene Engelhorn

Millionenerbin und Mitbegründerin der Initiative taxmenow

Prof. Dr. Wolfgang Lauterbach

Soziologe und Reichtumsforscher, Universität Potsdam

Altes Kaufhaus Landau | 19 Uhr

Beinahe die Hälfte aller Vermögen befindet sich in der Hand von nur einem Prozent der Weltbevölkerung. 2021 zählte Forbes weltweit 2.755 Dollar-Milliardär*innen. Fast 90 Prozent davon waren Männer. In Deutschland lebten 174 Milliardär*innen; nur in den USA und in China gab es mehr. Dagegen war laut Statistischem Bundesamt knapp ein Drittel aller Deutschen nicht mehr in der Lage, Ausgaben ab 1.150 Euro zu stemmen.

In Krisenzeiten werden Forderungen lauter, die Reichen stärker zur Kasse zu bitten. Manche von ihnen teilen, indem sie spenden oder gemeinnützige Stiftungen gründen – freiwillig und mit Einfluss darauf, welche sozialen und kulturellen Projekte gefördert werden. Doch reicht das aus oder sollte auch an der Schraube gedreht werden: per Übergewinnsteuer, Vermögensabgabe, Zwangsanleihen, Erbschaftssteuer oder Spitzensteuersatz? Welcher Beitrag zur Krisenbewältigung kann »den« Reichen abverlangt werden? Und wie lässt sich verhindern, dass dadurch Investitionsbereitschaft geschwächt und Steuerflucht verstärkt wird?

DONNERSTAG

04.05.2023

»UMVERTEILEN - WACHSEN - VERZICHTEN«
STRATEGIEN DER SOZIALPOLITIK

Prof. Dr. Philipp Lepenies

Politikwissenschaftler, Freie Universität Berlin

Alexander Schweitzer

Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz

Altes Kaufhaus Landau | 19 Uhr

Steigende Energie- und Lebensmittelpreise spüren zuallererst die Ärmsten der Gesellschaft. Doch die Pandemie und Russlands Krieg gegen die Ukraine werden langfristig alle Menschen in Deutschland ärmer machen. Gleichzeitig ist unbegrenztes Wirtschaftswachstum in Zeiten von Klimawandel und massenhaftem Artensterben keine tragfähige Option mehr, um Reichtum für alle zu schaffen. Eine Neubesinnung über die Zukunft des Sozialstaats in Deutschland ist notwendig.

Einigkeit herrscht dabei nur über das Ziel, allen Menschen ein Leben ohne Armut zu ermöglichen. Doch wieviel Umverteilung ist tatsächlich notwendig, um Deutschland armutsfrei zu machen? Wie kann diese Umverteilung möglichst gerecht organisiert werden? Welche Verantwortung haben Sozialstaat und Wohlfahrtsverbände dabei jeweils zu tragen? Und wie viel Verzicht wird jedem und jeder Einzelnen in Zukunft abverlangt?

DONNERSTAG

25.05.2023

»REICHES DEUTSCHLAND - ARME WELT«
ENTWICKLUNGSHILFE IN ZEITEN DER KRISE

PD Dr. Stephan Klingebiel

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik Bonn

Monsignore Pirmin Spiegel

Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerks Misereor

Altes Kaufhaus Landau | 19 Uhr

Schon die Corona-Pandemie hat den ärmeren Teil der Weltbevölkerung ungleich stärker getroffen. Die durch den Überfall Russlands auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise, Inflation, Rückgang des Welthandels und Einschränkungen der Nahrungsmittelversorgung verstärken diesen Effekt. Gleichzeitig ziehen die USA und die Europäische Union Investitionen aus den Ländern des globalen Südens ab, um die Krisen Ihrer eigenen Volkswirtschaften zu bewältigen und globale Abhängigkeiten zu reduzieren. Das Ziel der Vereinten Nationen, bis 2030 die extreme Armut global abgeschafft zu haben, scheint weiter entfernt denn je.

Angesichts von Wirtschaftskrise und sozialen Spannungen sorgen Deutschland und andere Industrienationen zunächst für sich selbst – ein verständlicher Reflex. Welche Verantwortungen aber tragen sie für globale Entwicklungen – auch im eigenen Interesse? Wie lassen sich humanitäre Hilfe und staatliche Entwicklungshilfepolitik strategisch so ausrichten, dass sie wirklich den Ärmsten zugutekommen?